

Der Zufall schützt nicht

Wie und weshalb Schulen einem effektiven Kinderschutz ausweichen und den Schutz der Institution in den Vordergrund stellen

Von Klaus Ruß

Marvin, 14 Jahre, ist von massivem Mobbing betroffen. Fünf Jungs aus seiner Klasse beneiden ihn um die glänzenden Noten, um Handy und „Klamotten“. Marvin bemüht sich wochenlang, die Zudringlichkeiten zu ignorieren. Als sie in körperliche Attacken eskalieren, geht er zur Direktorin und bittet um Abhilfe. Tags darauf erscheint sie in der Klasse, unterbricht den Unterricht, lässt die Belästiger aufstehen und liest dabei ihre Namen von einem Zettel ab. Mit der lautstarken Ermahnung „Ab jetzt herrscht Ruhe!“ lässt sie die Klasse in Aufruhr zurück. Die Peiniger halten die befohlene „Ruhe“ auf dem Schulgelände ein und verlegen ihr Tun gegen die „Petze“ auf den Schulweg. Marvin informiert jetzt die Eltern, und der Vater verabredet ein Gespräch mit der Schulleiterin.

Die Direktorin ist zufrieden, dass Marvin in der Schule unbehelligt ist, und erklärt, was auf dem Schulweg geschehe, sei Privatsache und „vom pädagogischen Auftrag der Schule nicht gedeckt“. Die Schüler seien jetzt 14 Jahre alt und damit reif genug, ihre Angelegenheiten selbstständig zu regeln. Der Vater weist darauf hin, dass das Mobben doch unmittelbar mit der Schule zusammenhänge und der Austragungsort der Aggression zweitrangig sei. Er erwägt, das Jugendamt einzuschalten.

Damit ist für die Schulleiterin die Sache erledigt: „Das geht gar nicht, Interna aus der Schule nach außen zu tragen. Das ist absolut unsolidarisch, und ich lasse meine Schule nicht irgendwo anschwärzen. An meiner Schule wird nicht gemobbt!“ Der Vater bekräftigt seine Entschlossenheit, sich von außen Expertenrat zu holen. Schließlich sagt die Direktorin: „Ich kann Sie nicht daran hindern, gegen die Schule zu stänkern. Aber eines ist Ihnen doch klar: Wenn Sie das machen, hat Marvin hier keine fröhlichen Tage mehr.“ Der Vater – fassungslos – möchte für sein Kind eine andere Schule suchen. Marvin möchte bleiben.

Solche Szenen sind leider, wie jeder im Kinderschutz Tätige weiß, nicht selten. Die Direktorin schützt die Einrichtung Schule und nicht das Kind. Sie bedenkt nicht, dass körperliche Angriffe strafbar sind und dass sie sicherstellen muss, dass die Schule ein sicherer Ort für alle Kinder ist. Sie hat kein Gespür für die Auswirkungen von Mobbing auf die Betroffenen und flüchtet sich in die sprachliche Nötigung, um das „Image“ der Schule unbefleckt zu bewahren. Bei Marvin ist ihr das gelungen. Er hat Wochen später aufgegeben und besucht eine entfernte Schule. An „Gerechtigkeit“ glaubt er nicht mehr. Ob das Jugendamt geholfen hätte? Dazu später mehr.

Sobut wie alle Schulen beschwören auf ihren Webseiten die hohe Qualität des sozialen Zusammenlebens. Das liest sich beispielsweise so: „Jedes Mitglied der Schulgemeinde bemüht sich um Rücksichtnahme, Toleranz und Achtung der Würde des anderen. Daher unterbleiben die Anwendung körperlicher, verbaler und seelischer Gewalt. Konflikte werden gewaltfrei gelöst.“ Was aber geschieht, wenn diese Regeln gebrochen werden, wenn Schüler sich angreifen, im Netz fertigmachen oder Lehrkräfte – gar nicht so selten – ihre Autorität mit sprachlicher Gewalt zu sichern trachten? Wovon hängt



Schon in der Grundschule: Anti-Mobbing-Training ist inzwischen für alle Altersstufen nötig.

Foto Laif

es ab, wie Lehrkräfte und Schulleitung im konkreten Fall reagieren? Fast immer vom Zufall. Die wenigsten Schulen haben ein Kinderschutzkonzept, das mit präzisierenden Regelungen nach Gefährdung oder Verletzung des Kindeswohls die Lehrkräfte zum Handeln zwingt und anleitet.

Vielleicht reagieren sie künftig auf die Initiativen, die von der unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kerstin Claus, ausgehen werden. Sie hat es bei ihrer Amtseinführung am 1. April an Deutlichkeit nicht fehlen lassen: „Sexualisierte Gewalt ist überall in Deutschland tagtägliche Realität für viele Kinder und Jugendliche ...“ Und: „Kinder können nur vor Ort geschützt werden.“ Beide Thesen gelten natürlich auch für die Schulen. Außerdem wird Claus im Rahmen der Prävalenzstudie Befragungen an Schulen durchführen lassen.

Es wäre allerdings fatal, würde der Fokus auf sexuelle Gewalt die anderen Fel-

der der Kindeswohlgefährdung ausblenden oder bagatellisieren. Kinder machen sich vielfach und scheinbar grundlos das Schulleben zur Hölle, schmähen sich in den „Sozialen Medien“, verletzen massiv die Intimsphäre ihrer „Feinde“, stehlen, rauben oder degradieren Mitschüler zur Unperson. Es war ein Klassenstreik aus nichtigem Anlass gewesen. Da gab Micky (14 Jahre) die Parole aus: „Keiner redet mehr mit Sven!“ Sofort flog Sven aus den WhatsApp-Gruppen. Wenn er auf seine Mitschüler zugeht, wandten sie sich ab. Anfangs protestierten einige Mädchen, dann fügten sie sich in das Ritual. Es hieß „Blockade“, und Sven war „die Zecke“.

Im Gruppenunterricht sprach niemand mit ihm. Beim Sport musste er stets vom Lehrer einer Mannschaft zugeteilt werden. Bei Wandertagen trottete er hinter den anderen her. So ging das ein Schuljahr lang. Seine Leistungen wurden schlechter, sein Gesicht blasser. Einmal fragte der Klassenlehrer: „Sag´ mal, Sven,

ist irgendwas?“ Sven: „Alles ok.“ Danach beschloss er, dass er nicht mehr gebraucht werde. Den Sprung vor einen Zug überlebte er schwer verletzt und für den Rest seines Lebens körperlich behindert.

Gewiss ein extremes Beispiel, aber in den Details doch typisch. Schüler setzen eine Mechanik in Gang, der sie sich nach einiger Zeit nicht mehr entziehen können, selbst wenn sie wollten. Denn auf Abtrünnige „steht der Tod“, wie es im Jargon heißt. Und Lehrkräfte sind virtuos im Wegschauen, fragen vielleicht mal kurz nach und sind scheinbar beruhigt, wenn sie beim ersten Impuls abgewiesen werden. Sie haben sich niemals mit dem Thema „Gewalt“ professionell auseinandergesetzt und verfügen nicht über die Redemittel, mit einem zu nächst verstockt-abweisenden Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Erfahrung und Vorurteile blockieren zudem die Kin-

der, die sich weder den Vertrauenslehrer noch die Sozialarbeiterin als hilfreich und verschwiegen vorstellen können und im ganzen Kosmos Schule keine Hilfe finden.

Ein Fluchpunkt ist für viele die anonyme „Nummer gegen Kummer“, das bundesweit ehrenamtlich arbeitende Kinder- und Jugendtelefon, dem ich seit mehr als dreißig Jahren angehöre. Dort zeigt sich immer wieder: Als wertschätzende, zuverlässige Vertrauenspersonen werden Lehrkräfte selten wahrgenommen und haben sich in ihrer erzieherischen Passivität eingerichtet – wie Svens Klassenlehrer.

Dabei könnte der sich Hilfe holen, wenn er überfordert ist. Das einschlägige Gesetz vom 22. Dezember 2011 gewährt „zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft“ des Jugendamts. Diese Fachkraft – im Jargon IseF abgekürzt – gibt es seit Einföhrung von Paragraph 8a in das Sozialgesetzbuch VIII bei allen Jugendämtern und den sog.

Freien Trägern. Es heißt dort: „Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen.“ Die IseFs sind gründlich ausgebildet in der Einschätzung von Kindeswohlgefährdung und dürfen nicht an der Einrichtung ermitteln und diagnostizieren, an der sie beschäftigt sind. Diese weise Vorschrift verhindert kollegiale Abhängigkeiten und ist der Hauptgrund dafür, dass Schulen keine IseF haben und auch nicht einsetzen wollen.

Das führt uns zurück zum eingangs beschriebenen Ausreiter der Direktorin. Ihr ist der Gedanke ein Graus, dass eine Person vom Jugendamt in ihrer Schule auftaucht, fragt, ermittelt und möglicherweise Sachen erfährt, die der glänzenden Außenwirkung der Schule nicht dienlich sind. Kitas zum Beispiel müssen sich so etwas gefallen lassen. Sind die Kinder aber sechs Jahre alt, wird ihnen dieser rechtliche Schutz für den Rest ihrer Bildungsbiographie nicht mehr gewährt. Dabei verbringen Kinder in einer Ganztagschule mehr wache Zeit als im Elternhaus und hätten eigentlich einen fundamentalen Anspruch auf kritisch befragbare und kontrollierbare Erziehung.

Lehrer zu IseFs auszubilden kostet Zeit und Geld und – beim externen Einsatz – Unterrichtszeit, die es zu vertreten gilt. Schulleitungen mögen derlei gar nicht. Der Gewinn für die Sicherheit und Wohlfahrt der Kinder wäre enorm: Dann gäbe es endlich IseFs, die im Hauptberuf Lehrkräfte sind und die schulischen Bedingungen aus täglicher Praxis kennen.

Noch wichtiger allerdings wären sie, wenn es gilt, sprachliche Gewalt, die vom pädagogischen Personal ausgeübt wird, aufzudecken und zu beenden. Lange vor dem IseF gab es in Frankfurt, angesiedelt beim Jugendamt, ein „Interventionsteam Schule“, das sich unter dem Motto „Jetzt reicht‘ s!“ der Opfer solcher Lehrgewalt annahm. Was da zu Tage kam, verschlug auch hartgesottene Praktikern zuweilen den Atem: Aggressivität, die sich nicht mehr in Ohrfeigen ausleben durfte, fand verbale Wege der Gewalt, die nicht leicht zu erkunden sind. Das Team machte sich mit seinem Wirken nicht unbedingt beliebt und war mit der Pensionierung der Gründerin beendet.

Weshalb Lehrkräfte ihre Macht hinter der geschlossenen Klassentür missbrauchen und die Schüler mitunter jahrelang ein Ausgeliefertsein erleben lassen, ist vermutlich deswegen nicht präzise erforscht, weil das Thema anstößig ist und das Nachdenken darüber eine Zumutung. Hier trifft „Gewalt“ auf das Anliegen von Frau Claus: Pädophile zieht es ebenso in den Schuldienst wie aggressive Kinderfeinde. Beiden mit einem effizienten Kinderschutz entgegenzutreten, ist – nach Corona mit seinen fatalen Auswirkungen – wahrlich an der Zeit. Forschung würde dabei helfen, und sexuellem Missbrauch könnte künftig durch den Einsatz von IseFs Handlungsraum entzogen werden.

Der Autor war Lehrer und Ausbilder und betreibt das Institut „SchulRaT“.

Der Mut der Professoren

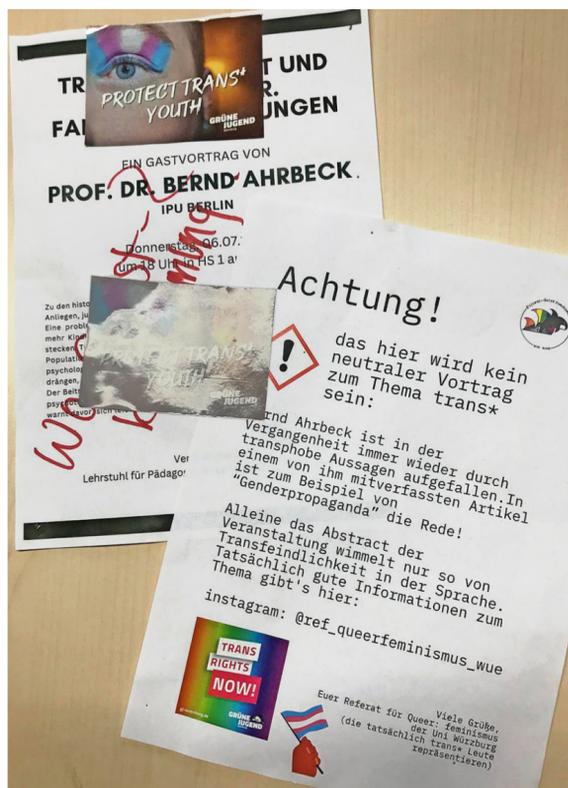
Warum Bernd Ahrbeck nicht reden durfte

Von Mathias Brodkorb

Das Studenten gegen Professoren protestieren, ist keine neuere Erscheinung. Derartige betraf im Jahre 1969 selbst den linken Vordenker Theodor W. Adorno, als 76 Studenten kurzerhand das Frankfurter Institut für Sozialforschung besetzten. Ihr Ziel: andere Lehrinhalte, andere Formen des Studiums. Im Vordergrund stand schon damals nicht das bessere Argument, sondern öffentlicher und sozialer Druck. Genau genommen verdankt die Bundesrepublik auch solchen kritischen Impulsen ihre gegenwärtige Gestalt.

Eigentlich sollte der emeritierte Sonderpädagoge Bernd Ahrbeck an diesem Donnerstag an der Universität Würzburg über „Transsexualität und Transgender“ öffentlich vortragen. Dazu kommt es nun nicht. Hintergrund ist eine Protestwelle von studentischer Seite, die sich sowohl gegen Inhalt als auch Person richtet. Der Veranstalter Stephan Ellinger berichtet, innerhalb kürzester Zeit nach Ankündigung des Vortrags habe sich lautstarker Protest erhoben. Es sei zu Lautstärken und der Beschädigung der Veranstaltungspakete gekommen. Drei Akteure taten sich dabei besonders hervor: die örtliche grüne Hochschulgruppe, das Referat Queerfeminismus der Studentenvertretung und der studentische Senator Philip-Daniel Schmall.

Sie alle tragen in der Sache dasselbe vor. Ahrbeck befehle sich „rechtspopulistischer Sprache“ und tätige „queerfeindliche Aussagen“. Die Konsequenz liegt für Senator Schmall auf der Hand: Diesem Mann dürfe an der Universität Würzburg „keine Bühne geboten werden, um solche Aussagen zu verbreiten“. Daher müsse Ellinger die Veranstaltung absagen. Seine rigorose Forderung begründet Schmall mit einem Artikel auf der von der Amadeu-Antonio-Stiftung betriebenen Plattform Belltower. In diesem setzt sich ein Autor mit einem Gastbeitrag Ahrbecks auseinander, den dieser im Jahre 2020 für die F.A.Z. geschrieben hatte. Ahrbeck warnte damals vor einem allzu leichtfertigen Umgang mit der Genderdebatte im Falle kleiner Kinder. Dass sich Sechsjährige kompetent eine beliebige geschlechtliche Identität zulegen können, hält er jedenfalls für eine Illusion. Der heutige Professor für Psychoanalytische Pädagogik warnt vielmehr in diesen Fällen vor massiven psychischen Schäden. Das ist letztlich



Überklebtes Vortragsplakat: Sachlicher Diskurs ist unerwünscht.

Foto privat

der Kern der Debatte und der Grund für die Vorwürfe von Rechtspopulismus bis Queerfeindlichkeit. Für Ahrbeck war all das genug, um den öffentlichen Vortrag abzusagen. Er habe bei anderen Kollegen bereits mitverfolgt, wie sehr die Lage in solchen Fällen eskalieren könne. Er habe keine Lust und es auch nicht nötig, im akademischen Rahmen als „Nazi“ tituliert oder „niedergebrüllt“ zu werden.

Als Stephan Ellinger die Kritiker Ahrbecks zu einem vermittelnden Gespräch einlädt, steht dies alles bereits fest. Er bemüht sich nach eigenen Angaben dennoch weiter um Verständigung, vielleicht laufe es in künftigen Fällen einfach besser. Am Ende kommt es zwischen den Beteiligten sogar zu der losen Verständigung, das Thema in gemeinsamen Veranstaltungen nach akademischer Sitte kontrovers zu diskutieren. Das bestätigen auch zwei Mitglieder des studentischen Queer-Referats, die nicht namentlich genannt werden wollen, in einem Mail, das sie nach dem Gespräch an einen großen Verteiler schickten. Nur eines irritiert: Sie bestreiten darin plötzlich, sie hätten „Zensur“ ausüben wollen. Für sie sei es vielmehr selbstverständlich, dass zur Wahrung der Meinungsfreiheit unterschiedliche Positionen „unabdingbar“ seien.

Vereinbar mit den Tatsachen ist das allerdings nicht. Schwarz auf weiß hatte das Queer-Referat ursprünglich die „Absage“ der Veranstaltung gefordert. Hierauf angesprochen, wollen die studentischen Aktivistinnen von einem Widerspruch nichts wissen. Es habe „nichts mit Zensur zu tun“, wenn es zur Absage einer Veranstaltung komme. Jeder könne ja stattdessen einfach Ahrbecks Bücher lesen. Eines sei außerdem klar: Zur Mitwirkung an einer Veranstaltung, auf der auch Ahrbeck sprechen dürfe, sei man „nicht bereit“. Ellingers Eindruck, das von ihm angeregte Gespräch habe zur Deeskalation der Lage beigetragen, entpuppt sich als Illusion.

Die Würzburger Vorgänge haben auch das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ alarmiert. In ihm sind mehr als 750 deutsche Hochschullehrer organisiert. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, in Bedrängnis geratenen Kollegen zu Hilfe zu eilen. Dessen Sprecherin, Sandra Kostner, hat sich deshalb in einem Schreiben an den Universitätspräsidenten Paul Pauli gewandt und ihn aufgefordert, diesen „Angriff“ auf die Wissenschaftsfreiheit „un-

missverständlich und öffentlich“ zurückzuweisen. Das Grundrecht auf Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht nur ein Abwehrrecht gegen den Staat, sondern auch ein Gewährleistungsrecht. Der Staat hat mithin Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit nicht nur zu unterlassen, sondern auch abzuwehren. Und an einer Universität obliegt diese Aufgabe in erster Linie der Hochschulleitung.

Präsident Pauli will allerdings erst zu Beginn dieser Woche von der Angelegenheit erfahren haben. Auch Stephan Ellinger bestätigt, die Hochschulleitung nicht eingeschaltet zu haben. Er habe stattdessen eben das Gespräch mit den Studenten gesucht. Auch deshalb hält es Sandra Kostner für sinnvoll, dass jede deutsche Hochschule dem Hamburger Vorbild folgt und einen „Kodex Wissenschaftsfreiheit“ in Kraft setzt. Die Hamburger Universität entschloss sich zu diesem Schritt, nachdem die Wiederkehr von Bernd Lucke auf dessen Lehrstuhl zu massiven Studentenprotesten geführt hatte. Stephan Ellinger unterstützt Kostners Vorschlag ausdrücklich. „Wenigstens eine Art Handreichung“ im Umgang mit solchen Vorgängen wünscht er sich. Präsident Pauli lässt auf Nachfrage mitteilen, dass dies „nach genauer Analyse der Vorgänge und Gesprächen mit den Betroffenen und Beteiligten“ in der Universität diskutiert werden solle.

Ellinger und Ahrbeck haben sich am Ende dazu entschieden, die Veranstaltung doch noch durchzuführen. Der Vortrag wird allerdings nicht mehr öffentlich, sondern als Privatissimum stattfinden. So soll der Wissenschaftsfreiheit zumindest noch im Geheimen die Ehre erwiesen werden. Der linke Professor Adorno griff da noch zu robusteren Werkzeugen. Er erstattete seinerzeit gegen die 76 Besetzer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und ließ sein Institutsgebäude kurzerhand von der Polizei räumen. Präsident Pauli will unterdessen immerhin prüfen lassen, ob der studentische Senator Schmall seine Rechtspflichten verletzt hat. Der Senat ist letztlich so etwas wie die gesetzgebende Versammlung der Universität Würzburg, und dessen Mitglieder haben sich daher selbst an geltendes Recht zu halten.

Der Autor ist freier Publizist und war Finanz- und Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern.

Bildungsnotiz

Studentenschwund

Der Deutsche Stifterverband hat den Schwund der Lehramtsstudenten im Laufe des Studiums erfasst. Ergebnis ist ein Trichter: Während 52.500 Studenten mit einem Studium für das Lehramt beginnen, kommen nur 30.300 am Ende des Studiums an, und nur 28.300 beenden auch das Referendariat. Der Stifterverband, der seinen Lehramtsstrichter an diesem Donnerstag veröffentlicht, hat deshalb gefordert, den Wechsel in das Lehramtsstudium in der Mitte des Studiums zu erleichtern. Der hohe Schwund an Studierenden im Lehramt spiegelt dabei in etwa den Schwund in den fachwissenschaftlichen Studiengängen wider, kann aber – im Gegensatz zu den Fachwissenschaften – im Verlauf des Studiums kaum durch Wechsler kompensiert werden“, heißt es in dem Papier. Ein Ein-Fach-Lehramtsstudium könnte einen Wechsel aus einem nicht lehramtsbezogenen Studiengang erleichtern.

Jährlich beginnen nur 29.400 Absolventen den Vorbereitungsdienst – viel zu wenige, um den Bedarf an Deutschlands Schulen zu decken. Nur etwa 1200 Hochschulabsolventen ohne Lehramtsstudium beginnen über den Quereinstieg (also ohne Lehramtsabschluss) das Referendariat. Wo der Bedarf mit Absolventen aus dem Vorbereitungsdienst nicht gedeckt werden könnte, müssten Schulen auf Seiteneinsteiger zurückgreifen, die weder ein Lehramtsstudium noch den Vorbereitungsdienst absolviert hätten. Deshalb müssten die Zugänge zum Referendariat verbreitert werden, fordert der Stifterverband. Vor allem aber hält er es für dringend nötig, die Datenlücken im gesamten Auszubildungsverlauf zu schließen. Sowohl Zahlen zum Studienanfang als auch die Zahl der eingestellten Referendare könnten nur geschätzt werden. Es fehlten auch Erkenntnisse über die Beweggründe für oder gegen das Aufnehmen oder Fortführen eines Lehramtsstudiums. oll.